

Seminar „Imperialismus – Globalisierung – Staat“

4. Zum Verhältnis USA – EU

Bei vielen Linken aber auch Liberalen ist die Erwartung einer "zwischenimperialistischen Rivalität" zwischen den USA und der EU als miteinander wettstreitenden Zentren der globalen kapitalistischen Produktion entwickelt. Im Unterschied dazu gehe ich davon aus, dass die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EU und den USA bereits einen Grad erreicht hat, der es schwierig macht, von den USA und der EU als zwei getrennten, konkurrierenden Blöcken zu sprechen. Es entsteht eine transatlantische Wirtschaftszone.

Da ist **erstens** die **Kapitalverflechtung**.

Die USA als größter Einzelinvestor der Welt haben im vergangenen Jahrzehnt ziemlich genau eine Billion Dollar (997) in Form von Direktinvestitionen im Ausland angelegt; davon mehr als die Hälfte (55 Prozent) in der EU. Bei den EU-Direktinvestitionen von 1990 bis 1998 in Höhe von 1,6 Billionen Dollar, hielten sich Intra-Block-DI und Extra-Block-DI in etwa die Waage. Von den Extra-EU-DI wurden ebenfalls 55 Prozent in den USA investiert. Sogar im politischen „Krisenjahr“ 2003 haben US-Unternehmen mehr als 40 Mrd. Dollar in Europa investiert. In Gegenrichtung flossen über 36 Mrd. Dollar, fast doppelt so viel wie im Vorjahr. (SZ, 21.11.2003)

Kein Wunder, dass Gerhard Schröder, der „*Genosse der amerikanischen Bosse*“ (SZ, 22.11.2003) bei seinem Besuch in den USA im November 2003 in New York von der Investmentbank Goldman Sachs zu einem Essen mit den 15 wichtigsten US-Wirtschaftskapitänen geladen wird. Der anwesende Börsenwert wird von der Süddeutschen Zeitung auf mehr als 1.000 Milliarden Dollar beziffert.

Zweitens: Die Verzahnung der beiden nordatlantischen Wirtschaftsräume wird an den Umsätzen der „**Auslandstöchter**“ besser sichtbar, als es die Verflechtung über die Handelsströme widerspiegelt.

Es gibt in den USA mehr als 1.000 Tochterfirmen deutscher Unternehmen mit insgesamt 730.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 500 Mrd. Dollar. (SZ, 13.10.2003)

Die Umsätze von US-Tochtergesellschaften in Deutschland beispielsweise überstiegen bereits vor fünf Jahren die US-Exporte nach Deutschland um das Vierfache. Umgekehrt betragen auch die Umsätze der Tochterunternehmen deutscher TNK in den USA fast das Vierfache deutscher Exporte dorthin (1965 betragen die deutschen Exporte in die USA noch das 20-fache der Produktion in den USA), bei britischen US-Töchtern gar das Fünfeinhalbfache britischer US-Exporte.

Drittens: Auch der transatlantische **Handel** floriert. Er nahm in den 90er Jahren weit schneller zu als der Welt-handel. Die Hälfte dieses Handels entfällt auf Intra-Firm-Handel, also dem Waren- und Dienstleistungsaustausch zwischen Mutterfirmen und Filialen und umgekehrt.

Viertens: Dazu kommt noch die handelsmäßige Verflechtung und Vernetzung der **Finanzmärkte**. Die europäischen Börsen schwingen fast synchron im Rhythmus der Wallstreet. Eine Studie des IWF belegt die hohe Korrelation der US- und Aktienmärkte: der Korrelationsfaktor ist in den 90er Jahren von 0,4 auf 0,8 gestiegen. Die „Vorgaben“ der Wall Street beeinflussen so ganz unmittelbar die Kursbewegungen an den europäischen Aktienmärkten.

Fünftens: Der **US-Markt** ist für nahezu alle Multis – gleichgültig wo sie ihren Stammsitz haben – der bedeutendste Einzelmarkt.

Beispiel Siemens:

Der US-Markt steht umsatzmäßig an erster Stelle, gefolgt von Deutschland und China. Mit nahezu 70.000 Beschäftigten gehört Siemens neben DaimlerChrysler zu den „ausländischen“ Unternehmen mit den meisten Beschäftigten. Das Pentagon stellte Siemens ein globales Zertifikat aus, das nur zwei Telekommunikationsherstellern verliehen worden ist. Siemens ist an der Homeland-Defense-Initiative beteiligt, u.a. werden gemeinsam mit Boeing alle US-Flughäfen mit Detektoren zur Sprengstofferkennung ausgerüstet. „*Von großer Bedeutung für Siemens sind die Aufträge der US-Regierung. ... hat Siemens One ein eigenes Büro für Regierungsaufträge in Washington eingerichtet*“, meldet die Zeitschrift SiemensWelt 3-4/2003.

Siemens war, wie z.B. auch Hoch-Tief, die mit ihrer US-Tochter die Nr. 1 in den USA bei Bauleistungen und baunahe Services ist, nicht betroffen vom Ausschluss ausländischer Firmen von Aufträgen für den Wiederaufbau des Irak. Ein Siemens-Sprecher: „*Wir waren nie auf der Liste der Bannländer.*“ Mit knapp 70.000 Beschäftigten (deutlich mehr als Microsoft) gelte Siemens als US-Firma.

Bei allen Differenzen über die Irak-Politik gilt für die Multis: „Ein Dow-Jones-Index von 10.000 Punkten ist wichtiger als ein Auftrag im Irak.“ (SZ, 20.12.03)

So ist es auch naheliegend, dass die Vorstellung sowohl in den USA wie auch in Europa (z.B. durch den Staatssekretär im Finanzministerium Koch-Weser) auftaucht, die USA und die EU müssten eine „informelle G2-Gruppe“ bilden, um „im Sinne einer globalen Ordnungspolitik die Führung zu übernehmen“. (Fred Bergsten, Direktor des Institute for International Economics, Washington, FTD, 27.2.2004)

Aufteilung der Welt auf neuer Grundlage

Wir erleben heute eine Aufteilung der Welt auf neuer Grundlage: Es sind Strukturen der ökonomischen Verflechtung entstanden, die auf die internationalen Beziehungen zurückwirken. *„Es geht heute nicht vornehmlich um den »Kampf um das Wirtschaftsgebiet«, sondern um mehr oder weniger große Anteile an Märkten für Waren, Ressourcen, Dienstleistungen und Kapital in allen zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgebieten.“* (Hess, Zeitschrift Z Nr.4, S. 71)

Eine Neuaufteilung des Weltmarktes ist möglich, ohne dass die Welt territorial neu aufgeteilt werden müsste. Geographisch bewegt sich das Monopolkapital in seinem Reproduktionszyklus hauptsächlich innerhalb der imperialistischen Zentren selbst und einige selektive Gebiete der Peripherie (v.a. Süd-Ost-Asien, China).

Ohne jeden Zweifel stehen die transnationalen Konzerne in schärfster Konkurrenz im Kampf um Weltmarktanteile. Der Konkurrenzkampf wird nicht nur mit ökonomischen Mitteln geführt. Die transnationalen Konzerne nutzen auch das nationalstaatliche bzw. Blockpotential für ihre Expansionsziele und die Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Dies führt zu Widersprüchen und Differenzen zwischen den imperialistischen Staaten bzw. Blöcken.

So versucht die Berliner Regierung die außenpolitische und militärische Einigung der EU zu forcieren, um damit eine größere Einflussmöglichkeiten zu erlangen. Die SZ kommentiert: *„... ist es im deutschen Interesse, amerikanische Entscheidungen stärker zu beeinflussen. .. (Aber) Erst wenn das europäische Gewicht nachprüfbar gewachsen ist, wird sich die transatlantische Balance neu vermessen lassen.“* (SZ, 25.10.2003)

Dominanz der USA

Falsch ist, dass diese Differenzen für eine geopolitische Emanzipation der EU von den USA sprechen oder dafür, *„dass auf einer solchen wirtschaftlichen Grundlage, ... , imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.“* (W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes ..., Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe)

Dagegen spricht schon die uneinholbare militärische Überlegenheit der USA.

In den 90-er Jahren hat sich der Abstand der US-Militärmaschinerie gegenüber allen anderen Staaten weiter vergrößert. Der Rüstungsetat des Pentagon ist Jahr für Jahr ungefähr zehnmal so hoch wie derjenige von Frankreich, Deutschland und Großbritannien zusammen. Die Grundlage für diese militärische Überlegenheit wurde in den Jahrzehnten gelegt, in denen das kapitalistische System Jahr für Jahr kräftige Wachstumsraten verzeichnen konnte. Ein derartiger Kraft- und Verschwendungsakt ist schon deshalb nicht wiederholbar, weil die Quellen des Wachstums versiegt sind, die Weltwirtschaft sich in einer Phase anhaltender Stagnation befindet.

Deshalb ist unter den gegenwärtigen und den zu erwartenden ökonomischen Bedingungen ein militärisches Aufholen der EU überhaupt nicht zu finanzieren.

Nach fünf Jahren „Lissabon-Strategie“¹ mussten die EU-Regierungschefs ernüchert feststellen, dass der Abstand der EU zu den USA nicht kleiner, sondern größer geworden ist.

Zu berücksichtigen sind außerdem die weltweit verteilten Militärstützpunkte der USA sowie die weltweiten Geheimdienstaktivitäten.

Aber natürlich bildet letztendlich die ökonomische Stärke die Grundlage militärischer Macht und politischer und kultureller Hegemonie oder zumindest politischer Dominanz.

Es stimmt, dass seit Ende der 70-er Jahre das Defizit in der Handels- und Kapitalbilanz der USA kontinuierlich anwächst. Innerhalb weniger Jahre ist die Staatsverschuldung explodiert. Dazu kommt die Verschuldung der privaten Haushalte: Die USA konsumieren immer mehr, während sie relativ immer weniger produzieren. Sie kaufen auf Pump, ohne zu sparen. Sie produzieren und konsumieren mit fremdem Geld. Sie saugen das Geldkapital der Welt auf, um damit die Warenströme der Welt in ihren Markt zu lenken.

Aber das ist nur die eine Seite der Wahrheit. Die „ökonomische Schwäche“ der USA darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern steht im untrennbaren Zusammenhang von Krise und Globalisierung.

Nicht nur die USA sind ökonomisch von der Welt abhängig, sondern umgekehrt auch die Welt von den USA. Mangels rentabler Anlagemöglichkeiten transferiert alle Welt ihr überschüssiges Geldkapital in die USA, die damit die überschüssigen Waren der Welt aufkaufen. Sobald dieser defizitäre Kreislauf zum Stillstand kommt, wird

¹ Auf dem Regierungsgipfel der EU im Jahr 2000 in Lissabon war beschlossen worden, dass die EU bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten Raum der Welt“ zu machen. In einem Zwischenbericht der EU-Kommission musste festgestellt werden, dass die Ziele nicht erreicht worden sind. Auf dem EU-Frühjahrgipfel am 22./23. März 2005 wurde ein „Neustart“ und eine „Beschleunigung“ der Maßnahmen zur Umsetzung der Lissabon-Agenda beschlossen. Gleichzeitig musste die „Dienstleistungs-Richtlinie“, ein Kernstück der Agenda von Lissabon, wegen des Widerstandes zurückgestellt werden.

die Krise der USA auch zur Krise Europas und der übrigen Weltregionen.

So ist die Schwäche der Weltmacht USA auch die Schwäche Europas und die Schwäche aller übrigen Weltregionen. Deshalb springen auch die nationalen Notenbanken ein, wenn die Geldströme der privaten Investoren in die USA zurückgehen.

Dieses Defizit ist demnach kein Zeichen von Schwäche der USA, es ist ganz im Gegenteil ein Ausdruck ihrer überragenden Macht. Die USA verbrauchen 6% mehr im Jahr als sie produzieren. In früheren Zeiten hätte man dies den Tribut der Unterworfenen nennen können. Heute kommt es vor allem darauf an, die Symbiose des US-Kapitals mit den auf Exportüberschüsse angewiesenen kapitalistischen Ländern zu verstehen. Die Länder mit den höchsten Export/Import-Saldi, die also gegenüber den USA die höchsten Exportüberschüsse zu verzeichnen haben, sind ausgerechnet die Länder, die von Bruttoinlandsprodukt her den USA noch am nächsten kommen: Japan, Deutschland, Russland, China. Ein ernster Rückgang der US-Nachfrage würde die Konjunktur in diesen Ländern empfindlich treffen.

Allerdings unterliegt dieses Verhältnis den Mechanismen der internationalen Geld- und Kapitalzirkulation und muss dann instabil werden, wenn das Vertrauen in die ökonomische und militärische Kraft der USA untergraben wird. Darin liegt ein ungeheures Krisenpotential, dessen Entschärfung aber im Interesse aller kapitalistischen Zentren liegt.

Sowohl die Stabilisierung der Hegemonie des US-Imperialismus als auch das notwendige weltwirtschaftliche Krisenmanagement ist ohne die Mitwirkung der zwar untergeordneten, aber ökonomisch gewichtigen Staaten und Staatenblöcke, insb. EU und Japan, unmöglich. Dafür, dass diese Kooperation stattfindet, bietet die Internationalisierung des Kapitals und die Dominanz der Fraktion der „transnationalen Monopolbourgeoisie“ in den einzelstaatlichen Machtblöcken eine wichtige Voraussetzung.

USA – staatliche Basis des globalisierten Kapitalismus

Die zentralen westlichen Staaten bzw. die Multis aus diesen Ländern, sind allesamt auf die imperiale Struktur der USA angewiesen, in die sie durch den Prozess der kapitalistischen Globalisierung integriert sind.

So ist vor diesem Hintergrund und unter diesen Bedingungen denn auch nicht zu begründen, wie die Ursache der Differenzen zwischen den kapitalistischen Hauptländern in einer neuen, ökonomisch begründbaren imperialistischen Konkurrenz von unabhängigen Nationalstaaten liegen könnte.

Was der Form nach als Konflikt zwischen Nationalstaaten erscheint, sind in Wirklichkeit Differenzen, die durch die imperialistische Gesamtstruktur quer durch die USA, die EU, die NATO, durch Deutschland usw. gehen.

Dieser Gegensatz ist kein substantieller, weil es um die Verteidigung des gemeinsamen Bezugssystems geht. Die Widersprüche und die Konflikte bewegen sich in einem Rahmen, der durch die Interessen der Multis in globalem Maßstab vorgegeben wird. Sie bewegen sich im Rahmen eines immer einheitlicher werdenden Weltmarktes und in dem Bestreben, ein globales Kontrollregime zu errichten.

Dabei entspricht es dem Interesse des transnationalen Kapitals, die USA als eine Art Gesamtdienstleister für die globale Umstrukturierung und Kontrolle wirken zu lassen. Die USA entfalten ihre hegemonialen Kräfte zum Aufbau und zur Sicherung eines globalen Kapitals. Die USA sind die staatliche Basis des globalisierten Kapitalismus und der transnationalen Konzerne. Natürlich gibt es dabei Differenzen und Widersprüche, weil die USA gleichzeitig ein „Nationalstaat“ sind.

Aber nur die militärische Supermacht USA ist zu einer globalen Ordnungsfunktion im Sinn der Transnationalen Konzerne überhaupt in der Lage. *„Jenseits aller Interessensdifferenzen bleiben die politisch und ökonomisch Mächtigen auch hierzulande auf den Rückhalt der USA angewiesen“*, schreibt der Frankfurter Politologieprofessor Joachim Hirsch. *„Diese vor allem sind es, die Privateigentum, Marktwirtschaft sowie den Zugang zu Ressourcen, Investitions- und Absatzgebieten in den unsicheren Teilen der Welt zu garantieren vermögen. Daraus ergibt sich ein höchst komplexes Kooperations- und Konfliktverhältnis zwischen den Staaten des kapitalistischen Zentrums“*. (Sozialismus, 12/2002)

Rainer Rupp schreibt in der Zeitung „junge Welt“ vom 28.10.2004 zu den Präsidentschaftswahlen in den USA:

„Dessen ungeachtet hoffen eingefleischte Atlantiker im alten Europa, daß unter einem neuen Präsidenten Kerry die guten Beziehungen zu Washington schnell wieder hergestellt werden könnten. Durch die arrogante, unilaterale Politik der Bush-Administration, die in keiner Weise auf anders gelagerte Kapitalinteressen in wichtigen verbündeten Ländern wie Frankreich und Deutschland Rücksicht genommen hat, sind die Fundamente der transatlantischen Beziehungen nachhaltig erschüttert worden. Dabei befindet sich das deutsche Großkapital in einer schwierigen Lage. Weder die deutsche Bundeswehr noch die im Entstehen begriffene europäische Armee kann auf absehbare Zeit die globalen Interessen des deutschen, bzw. des europäischen Kapitals in geographisch ferneren Regionen ohne die Hilfe der Amerikaner »verteidigen«. Militärisch global agieren können auf absehbare Zeit nur die USA.

Wenn Washington mit den bürgerlichen »Eliten« anderer Nationen rund um den Erdball Abkommen über ungehinderten Zugang zu Märkten, Privatisierung, Investitionsschutz und Gewinntransfer abschließt, dann fällt stets der Schatten der US-Streitkräfte auf den Verhandlungstisch. Die europäischen Großkonzerne sind in Ermangelung einer ähnlichen europäischen militärischen Fähigkeit gezwungen, im amerikanischen Windschatten zu se-

geln. Die »Verteidigung« ihrer weltweiten Interessen kann daher nur im Tandem mit den US-Amerikanern geschehen und schon gar nicht gegen sie.“

„regulierte Rivalität“

Natürlich wäre es ein Unfug, zu behaupten, dass es keine Differenzen und Widersprüche mehr zwischen den kapitalistischen Zentren geben würde.

Zweifellos treten Handelskonflikte zwischen den USA und der EU auf.

Gleichzeitig ist aber auch der Beweis erbracht worden, dass das Regulierungssystem des globalen Kapitalismus funktioniert.

Dass der globale Kapitalismus ein System weltweiter Regularien entwickelt hat, bedeutet nicht, dass damit die Widersprüche und Konflikte zwischen den Kapitalgruppen verschwunden seien, sondern ganz im Gegenteil: die Globalisierung und die Krise intensivieren die Konkurrenz zwischen den Multis.

Diese Konkurrenz wird mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln ausgetragen, d.h. die Multis nutzen die Nationalstaaten – die die wesentlichen Träger des globalen Regulierungssystems sind –, um das internationale Regulierungssystem nach ihren Interessen zu beeinflussen. Das führt zu Reibungen und Konflikten zwischen den Nationalstaaten und Blöcken.

Die Funktionsfähigkeit eines Regulierungssystems bestimmt sich aber nicht danach, ob und wie viele und wie starke Widersprüche auftreten, sondern danach, ob es sie entschärfen und regulieren kann. Und da funktionieren – zumindest bisher, und es ist nichts gegenteiliges abzusehen – die entwickelten Regulierungsinstanzen ganz gut.

Ahmad Aijaz, Communist Party of India (Marxist), schreibt in seinem Artikel „Imperialismus unserer Zeit“:

„Die fundamentale Neuigkeit des Imperialismus unserer Zeit besteht darin, dass er nach der Auflösung der beiden großen Rivalitäten in Erscheinung tritt, die die Weltpolitik des 20. Jahrhunderts bestimmt haben; nämlich zum einen der "zwischenimperialistischen Rivalität" (Lenin) der ersten Hälfte des Jahrhunderts und zum anderen der .. Systemrivalität zwischen den USA und der UdSSR (...)

Es ist der Imperialismus der Ära, in der

- a) *die nationalen Kapitale sich so gegenseitig durchdringen, dass das Kapital in jedem beliebigen Nationalstaat üblicherweise (in unterschiedlicher Zusammensetzung) aus sowohl nationalem als auch transnationalem Kapital besteht;*
- b) *das spekulative Kapital die Produktion in einem solchen Ausmaß dominiert, wie es noch nicht einmal in Lenins Theorie über den "Kapitalexport" oder in Keynes' Warnungen vor der Habgier der Rentiers vorausgesehen war; und*
- c) *alles von den Warenmärkten bis hin zu den Bewegungsströmen des Kapitals so vollständig globalisiert ist, dass das Entstehen eines globalen Staates mit nachweisbarer globaler militärischer Potenz ein objektives Erfordernis des Systems selbst wird. Dies ist ganz unabhängig von den nationalen Ambitionen der US-Führer, die diesem ganzen Komplex mit seinem immensen Potential für Risse und Zusammenbrüche so etwas wie Strukturen und Unterordnungen auferlegen wollen.“*

(Aijaz Ahmad, Der Imperialismus unserer Zeit, Marxistische Flugschriften Nr. 19)